



Kreisgruppe Tübingen



Antworten von Sofie Geisel zu den Wahlprüfsteinen der Umweltverbände- und Initiativen zur Tübinger OB-Wahl

Zu den folgenden Themenblöcken finden Sie einleitend eine Erläuterung bzw. Position der beteiligten Umweltverbände- und Initiativen: Wachstum und Flächenverbrauch, Natur- und Artenschutz, Energie und Klima, Mobilität. Anschließend antwortete Frau Geisel auf die Fragen (in kursiv)

Wachstum und Flächenverbrauch

In den letzten Jahrzehnten ist in Tübingen vieles gewachsen – die Zahl der Arbeitsplätze, die Forschungseinrichtungen, das Klinikum, die Steuereinnahmen und die Einwohnerzahl. Wachstum scheint das Zauberwort für eine erfolgreiche Stadtentwicklung zu sein. Nicht wachsen wird gleich gesetzt mit Stillstand, mit sinkenden Steuereinnahmen, mit dem Abbau von kulturellen und sozialen Angeboten. Dabei wird verdrängt, dass für dieses Wachstum Flächen, die zuvor der heimischen Nahrungsmittelproduktion, der wohnortnahen Erholung sowie der störungsfreien Entwicklung von Flora und Fauna gedient haben, dieser wichtigen Nutzung entzogen werden.

Die Auswirkungen des Klimawandels und der dramatische Rückgang der Biodiversität zeigen deutlich, dass die komplexen Auswirkungen des Wachstumsstrebens bisher wenig verstanden und noch weniger berücksichtigt werden.

Angesichts der Tatsache, dass die Industrieländer für ihre Lebensweise einen Bedarf von 3 1/2 Erden haben, kann die Menschheit es sich nicht mehr leisten, immer mehr Flächen in Anspruch zu nehmen.

Auch auf kommunaler Ebene müssen wir uns den Grenzen des Wachstums stellen und mit der Bürgerschaft neue und andere Wege der Stadtentwicklung finden.

Fragen:

- Wie wollen Sie kommunale Entwicklung auf begrenzter Fläche (mit vielen konkurrierenden Ansprüchen) gestalten?

In den letzten Jahren hat die Stadt im Zuge der Innenentwicklung viele Potenziale für zusätzlichen Wohnraum durch Nachverdichtung genutzt. Dies war nicht immer ohne Konflikte möglich. Es ist aber ein vernünftiger und notwendiger Weg, den ich fortsetzen möchte. Dabei möchte ich aber unbedingt immer im Kontakt mit den Betroffenen bleiben. Wichtig ist mir außerdem der Grundsatz: Verdichtung muss die gleichzeitige Verbesserung verbleibender Freiflächen bedeuten. Um möglichst wenig Flächen zu versiegeln, möchte ich im Bauamt erreichen, dass das Bauen in die Höhe sowie der Dachstockausbau leichter werden. Mit Blick auf Flächenschonung sehe ich die die Zukunft außerdem in mehr regionaler Zusammenarbeit: Nachhaltiges Wachstum passiert in einer Region und nicht in einer Stadt allein. Gerade an einem Standort, der forschungs- und technologiestark ist. Die Kooperation mit Reutlingen, mit den Kommunen in der BIOREGIOSTERN und in der Standortagentur Neckar-Alb, aber auch im Tourismus, z.B. über die AlbCard, sind hierfür Erfolgsmodelle, die man auch mit Blick auf nachhaltige Flächennutzung und Energieerzeugung weiterdenken und -entwickeln muss. Erfolgsstrategien sind hier für mich: Regionale Kooperation, das Verhältnis mit den Nachbarn in der Region pflegen, ausbauen und Universität wie Forschungsinstitute einbinden, innovative Unternehmen in der Region fördern und dabei die begrenzten Flächenressourcen wirtschaftlich für alle Kommunen einsetzen.

- Welche Wege wollen Sie nutzen um die doppelte Innenentwicklung/Bauleitplanung zu fördern?

Um die Innenentwicklung zu fördern, braucht es Nachverdichtung. So müssen leerstehende Flächen innerhalb Tübingens mit modernen Mehrfamilienhäusern genutzt werden.

*Weiter ist es wichtig die Möglichkeiten für Dachausbauten zu nutzen und entsprechende Baugenehmigungen zu beschleunigen. Dafür braucht es einen funktionierenden Verwaltungsapparat, sowie schnelle und unkomplizierte Baugenehmigungen. Bürokratie darf dabei nicht im Weg stehen. Gerade in der Tübinger Altstadt können leerstehende Wohnungen und Häuser besser genutzt werden. Hier könnte eine Altstadtentwicklungsgesellschaft helfen, die Eigentümer*innen unterstützt, die mit Renovierungs- und Instandhaltungsarbeiten und der Finanzierung oftmals überfordert sind. Schließlich sehe auch ich im jüngst verabschiedeten Baulandmobilisierungsgesetz eine Chance, das u.a. Umwandlungsverbote, das erweiterte Baugebot, die Stärkung des kommunalen Vorkaufsrechtes vorsieht. Diese Möglichkeiten gilt es für Tübingen zu prüfen und möglichst einvernehmliche Lösungen zu suchen, wie und wo innerhalb der Stadt noch einwohnerverträglich verdichtet werden kann.*

- Ist Ihnen bekannt, dass seit April 2022 durch eine Verwaltungsvorschrift vorgeschrieben ist, dass Flächen der Wertstufe „Vorrangflur“ zwingend der landwirtschaftlichen Nutzung vorzubehalten sind?

Die Wirtschaftsfunktionenkarte in Baden-Württemberg unterscheidet Vorrangfluren I, die in Tübingen 19% der landwirtschaftlich genutzten Flächen ausmachen und bei denen Fremdnutzungen ausgeschlossen werden müssen, und Vorrangfluren der Stufe II, bei denen sie ausgeschlossen werden sollten. Wahrscheinlich zielt die Frage auf den Interessenkonflikt zwischen Neubaugebieten wie dem Saiben und Projekten wie Freilandphotovoltaik auf der einen Seite und dem Flächenschutz auf der anderen Seite ab. Für beides gibt es gute Gründe und es bedarf eines fairen Dialogs und Interessenausgleichs. Für diesen möchte ich als Oberbürgermeisterin sorgen.

Natur- und Artenschutz

Der Rückgang der Artenvielfalt ist eines der drängendsten Probleme weltweit. Täglich erscheinen nicht nur in Fachpublikationen, sondern sogar in der Tagespresse Meldungen, die das Aussterben von Arten, die Konkurrenz um Flächen und die Beeinträchtigung von Lebensräumen dokumentieren. Das Thema ist also endlich in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Fragen:

- Wie würden Sie als zukünftige*r OB das Handlungsfeld Natur- und Artenschutz angehen? Welche Fördermöglichkeiten und verbindlichen Vorgaben planen Sie (soweit diese in der Hand einer Kommune liegen)?

Artenschutz und die Förderung von Biodiversität standen lange im Schatten des Klimaschutzes. Inzwischen wissen wir, dass gerade Kommunen Anreize für mehr biodiverse Flächen schaffen können: z.B. auf städtischen Grünflächen und Dächern und auch unter Solarpanels und an Begrenzungstreifen. Beschlossene, aber auch ergänzende Maßnahmen für mehr Stadtgrün wie das 1000- Bäume-Programm will ich neu auf- und konsequenter umsetzen. Schließlich: Tübingens 1900 Hektar Stadtwald sind ein Schatz für den Natur- und Erholungsraum, aber ebenso wichtig für Klimaschutz und Biodiversität. Das möchte ich durch ein Alt- und Totholzkonzept und die Ausweisung von Waldrefugien und Waldschutzgebieten stärken: 10% der Städtischen Waldnutzung sollen so aus der regelmäßigen Waldnutzung entlassen werden. Orientiert an der „natürlichen Waldgesellschaft“ soll der Stadtwald auf Grundlage aktueller Waldwissenschaft nachhaltig und pfleglich bewirtschaftet werden.

- Es liegt inzwischen eine Artenschutzkonzeption vor, die Stadt wurde Mitglied bei den „Kommunen für Biologische Vielfalt“. Wie wollen Sie in Tübingen den Artenschutz aber konkret fördern? Sehen Sie die Notwendigkeit, neben den hochgradig gefährdeten – in der Artenschutzkonzeption behandelten – Arten auch eine allgemeine Stärkung des Naturhaushalts im Innen- und Außenbereich zu unterstützen? Wie stehen Sie zu der immer wieder formulierten Idee eines „Masterplans Biodiversität“?

*Biodiversität musste lange hinter dem Großbegriff "Klimaschutz" zurückstehen. Doch gerade Kommunen müssen Anreize für mehr Biodiversität schaffen. Die ganze Stadt kann hier dazu beitragen, dass sich Insekten, Vögel und andere Tiere bei uns wohlfühlen. Mit einer „Tübingen blüht auf“-Kampagne möchte ich Gartenbesitzer*innen dazu motivieren einen Teil ihres Gartens zur blühenden Wiese zu machen. Von heute auf morgen muss niemand seinen ganzen Garten umgestalten, aber kleine Schritte in der ganzen Stadt, können gemeinsam einen großen Beitrag zur Biodiversität leisten. Außerdem möchte ich eine Baumschutzsatzung: Bäume sollen nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch im Privatbereich gewissen Schutzbedingungen unterliegen. Natürlich kommt der Stadtverwaltung dabei eine Vorbildfunktion zu. Ich möchte, dass sie dieser auf ihren eigenen Flächen gerecht wird, z.B. durch Fassadenbegrünung. Ich möchte Biodiversität auch bei allen Neubau- und Sanierungsprojekten mitdenken und unter anderem Räume für Schwalben und Eulenvögel erhalten und ausbauen.*

- Sind zusätzliche Personal- und andere Mittel in der Verwaltung bei den KST vorgesehen, mit denen die immens gewachsenen Anforderungen und die vielfältigen Aufgaben tatsächlich aufgefangen und bearbeitet werden können?

Mein Einblick in die internen Verwaltungsstrukturen der Stadt ist bisher naturgemäß begrenzt. Mein Eindruck ist aber, dass es an einer klaren Struktur in der Stadtverwaltung in Sachen Grünflächen, Biodiversität, Natur- und Artenschutz mangelt, die folglich auch nicht schlagkräftig genug ist. Das werde ich als Oberbürgermeisterin überprüfen. Am Ende können daraus durchaus zusätzlich notwendige Stellen gerade bei der KST resultieren.

- Wie möchten Sie die Kommunikation mit dem ehrenamtlichen und beruflichen Naturschutz gestalten?

*Mein Hauptaugenmerk liegt stets auf Kommunikation, die von Dialog und gegenseitigem Respekt geprägt ist. Mit einem Patenschaftsmodell möchte ich die Bereitschaft der Tübinger*innen zu Mitgestaltung und Bürgerschaftlichen Engagement nutzen. Sich mit mehr als 100 Kommunen in Deutschland zu vernetzen, die sich besonders für biologische Vielfalt engagieren, kann inspirieren und neue Ideen bringen, wie wir uns als Verwaltung so aufstellen, dass Biodiversität wirksam vorangebracht werden kann.*

Energie und Klima

Der menschengemachte Klimawandel ist in vollem Gange. Für unser Überleben ist es unverzichtbar 1. ihn zu verlangsamen und im besten Fall zu stoppen und 2. Maßnahmen zur Klimaanpassung vorzunehmen. Erläuterung:

- In Baden-Württemberg stieg die durchschnittliche Jahrestemperatur laut LUBW seit Beginn der Aufzeichnung ca. 1880 bereits um 1,5 °C an, die Anzahl der Tropentage

(= Temperatur über 30 °C) von 4 in 2013 auf 13 in 2020. Insbesondere in Stadtteilen mit dichter Bebauung und schlechter Durchlüftung wird Hitze zeitweise unerträglich.

– Ebenso gibt es eine Zunahme von Starkniederschläge im Wechsel mit immer länger anhaltenden Trockenphasen (s. auch [Dürremonitor](#)) mit entsprechenden Schäden an der Vegetation, in der Landwirtschaft, an Gebäuden und der Infrastruktur sowie gestresste Gewässerökosystemen. Kurze Starkregenereignisse anstatt des früher üblichen Landregens reichen vielerorts nicht aus um für eine ausreichende Bodenfeuchte und ausreichend pflanzenverfügbares Wasser sowie funktionierende Gewässerökosysteme zu sorgen.

– Um den Ausstoß von Treibhausgasen und die Abhängigkeit von oftmals nicht demokratischen Gas-Kohle-Erdöllieferanten zu vermindern, müssen wir auf regionaler Ebene

u. a. durch ökologische Gebäudedämmung Energie sparen, die erneuerbare Energien ausbauen, die Mobilitätswende vorantreiben (s. unten) sowie natürliche Kohlenstoffspeicher wie fruchtbare Böden und Wälder erhalten und entwickeln.

Ein effizienterer und suffizienterer Umgang insbesondere mit Strom ist auch deshalb notwendig, weil dieser zunehmend auch für die Bereiche Mobilität, Heizen und Kühlen genutzt wird.

Fragen:

- Wie würden Sie als zukünftige*r OB das Handlungsfeld Energiesparen angehen? Welche Fördermöglichkeiten und verbindlichen Vorgaben planen Sie (soweit diese in der Hand einer Kommune liegen)?

Neben der regenerativen Energieerzeugung ist die Energieeinsparung das zweite sehr wichtige Standbein bei der Energiewende und beim Klimaschutz. Ohne Einsparbemühungen werden wir die Klimaziele nicht erreichen. Ich will die positiven Ansätze, die es in Sachen Beratung und Förderung bei den Stadtwerken schon gibt, weiter ausbauen. Wichtig ist hier auch die Kooperation mit der Agentur für Klimaschutz beim Landkreis sowie mit anderen in Tübingen ansässigen Experten. Auch das Ehrenamt kann hier bei entsprechender Förderung durch die Stadt einen wichtigen Beitrag leisten. Verbindliche Vorgaben brauchen wir - und hat Tübingen bereits - beim Baurecht. Hier hat die Kommune Einflussmöglichkeiten. Es muss aber nicht zwingend Passivhausstandard eingefordert werden, wenn die noch notwendige Wärme regenerativ erzeugt wird. Damit können die ohnehin explodierenden Baukosten etwas begrenzt werden.

- Wie wollen Sie in Tübingen den Ausbau von PV und Solarthermie-Anlagen auf bestehenden, versiegelten Flächen (Dächer, Parkplätze,...) voranbringen? Welche Fördermöglichkeiten und verbindlichen Vorgaben planen Sie (soweit diese in der Hand einer Kommune liegen)?

*Tübingen ist beim Ausbau der Solarenergie in Deutschland weit vorne. Das Tempo müssen wir aber weiter anziehen, um unsere Klimaziele zu erreichen. In jedem neuen Jahr müssen in Zukunft so viele Photovoltaikanlagen entstehen wie in den vergangenen 20 Jahren zusammen. Nicht nur bei den Gebäudedächern von Land und Kirchen gilt es deshalb das noch große Potenzial zu nutzen. Auch private Besitzer*innen von Dachflächen möchte ich mit Blick auf steigende Energiepreise weiter motivieren, in Photovoltaik zu investieren. Dafür setze ich auf sichtbare kommunale Unterstützung und Beratung bei privatem Dach- und Balkon-PV-Ausbau. Für den PV-Ausbau will ich aber auch die Potenziale anderer Flächen z.B. auf Parkplätzen oder in der Landwirtschaft (Stichwort: Agri-PV und naturverträgliche Photovoltaikanlagen) nutzen. Dabei müssen jedoch selbstverständlich alle Interessen und Naturschutzbedenken mitgedacht und abgewogen werden. Für einen fairen und respektvollen Dialog zu sorgen sehe ich als meine Aufgabe als Oberbürgermeisterin.*

- Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie zur Klimaanpassung im Stadtgebiet (s. auch [hier](#)) und auf der Gemarkung ergreifen? Stichworte: Schwammstadt, mit Baumrigolen und Zisternenstadtklimawirksame Grünflächen sowie Begrünung, Trinkwasserbrunnen für Passant*innen. Welche Fördermöglichkeiten und verbindlichen Vorgaben planen Sie?

Den Ausbau des 1000-Bäume-Programms hatte ich bereits angesprochen. Einen besonderen Schwerpunkt möchte ich auch auf das Thema Hitzeresilienz setzen, also die Frage, wie man gerade in verdichteten Stadtteilen durch Stadtgrün, Fassadenbegrünung, öffentliche Trinkbrunnen, Sickerflächen, Regenwasserbewirtschaftung und Verschattung dafür sorgen kann, dass Hitzesommer in der Stadt erträglicher und klimawandelbedingte Unwetter besser bewältigt werden. Auch einen Hitzeaktionsplan, der den frühzeitigen Informationsfluss sicherstellt und besonders hitzevulnerable Gruppen im Blick hat, möchte ich auf den Weg bringen.

Mobilität

Die Verkehrswende ist in aller Munde. Darunter wird mehr Sicherheit, mehr Lebensqualität und weniger Umweltbelastungen als durch die bisherige autozentrierte Mobilität verstanden.

Fragen:

- Wie wollen Sie die Verkehrsflächen in Tübingen inklusive seiner Teilorte verteilen, um den Verkehr aus Umweltsicht und dem Ziel einer lebenswerteren Stadt effizienter zu gestalten? Wie sieht das konkret für die Innenstadt aus?

Baden-Württemberg plant Kommunen die Einführung einer Nahverkehrsabgabe zu ermöglichen. Ich möchte dieses Instrument nutzen, wenn es sich sozial gestalten lässt. Dann werden wir in Tübingen auch über die Einführung eines gebührenfreien Nahverkehrs diskutieren können. Ich

stehe dem positiv gegenüber. Kleinere Schritte können wir auch ohne eine Nahverkehrsabgabe stemmen: Ich möchte „TüBus umsonst“ auch am Sonntag und abends ab 19:00 Uhr umsetzen

Tübus und Fahrrad funktionieren in Tübingen. Trotzdem ist das Auto für die meisten nicht verzichtbar. Wir müssen herausfinden, was Menschen zum Umstieg bewegen und Autoverkehre so ersetzen kann, dass Menschen dies nicht als Einschränkung erleben. Gemeinsam mit Universität und Bevölkerung möchte ich dazu ein Projekt auf den Weg bringen, das auslöst, was Menschen zum Umstieg motivieren kann. Flankierend dazu: ein Pilotprojekt „smart mobility“, das Mobilitätschubs an den Regionalstadtbahnhaltestellen und zentralen Bushaltestellen vorsieht und den einfachen Umstieg zwischen Bahn, (Ruf-)Bus, (Leih-)Rad und Carsharing einfacher macht.

*Radfahren wird in Tübingen gefördert und das ist gut so. Trotzdem ist das Wegenetz ist nicht zufriedenstellend: Noch immer gibt es zu viele gefährliche Stellen, unübersichtliche Streckenführungen oder Wege, die im Nichts enden. Deshalb brauchen wir ein durchgehendes Streckennetz, das den knappen Verkehrsraum klar und erkennbar zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmer*innen aufteilt. Allerdings Dabei ist zu berücksichtigen, dass die meisten Wege zu Fuß gemacht werden. Deshalb werde ich ein Konzept muss ein Verkehrskonzept auflegen, das das auch das Zu-Fuß-Gehen als zentralen Teil des Stadtverkehrs ernst nimmt und fördert. Gut zu nutzende, breite und hindernisfreie Wege, schnelle und sichere Querungen sowie attraktive Zu-Fuß-Geh-Routen müssen gleichberechtigter Bestandteil von Verkehrsplanung sein.*

- Wollen Sie zusätzliche Verkehrsflächen schaffen? Falls ja, zu Lasten welcher bisherig anders genutzten Flächen?

Ich halte es für notwendig, in begrenztem Umfang auch Neubauf Flächen auszuweisen – wie im Saiben, um der Gentrifizierung der Stadt entgegenzuwirken. Mit der Erschließung sind auch neue Verkehrsflächen verbunden. Umgekehrt will ich aber auch prüfen, wo heutige versiegelte Flächen wie zum Beispiel nicht mehr benötigte Parkplätze renaturiert werden können.

- Von und nach Tübingen pendeln jeden Tag über 40 000 Menschen. Wie wollen sie damit umgehen? Möchten Sie Verkehrs- und städtebauliche Maßnahmen ergreifen, um diese großen Pendlerströmen zu managen? Haben Sie alternative Vorschläge?

*In Tübingen braucht es ein Mobilitätskonzept, das die umliegenden Dörfer und Städte an den Wirtschaftsstandort Tübingen gut anbindet. Dafür müssen mit Respekt vor dem Bürgerentscheid Alternativen zur Innenstadtstrecke gesucht und diskutiert werden – denn die Mobilitätswende funktioniert nur mit und nicht gegen die Bürger. Parallel dazu gilt es den Alternativen (Schnellbussystem) eine echte Chance und genug Zeit zu geben und zeitgleich unter Einbezug der Bürgerinnen und Bürger in einem Bürgerrat technologie- und ergebnisoffen neue Ideen zu entwickeln, wie Pendler*innen CO2-neutral und verkehrsflächenschonend nach Tübingen kommen können. Dabei gilt auch: Wer in Tübingen bezahlbar (!) wohnen kann muss nicht pendeln. Daher gilt es, die diesbezüglichen Anstrengungen zu verstärken.*

Wahlprüfsteine der Umweltverbände- und Initiativen zur Tübinger OB-Wahl

Wachstum und Flächenverbrauch

Die Frage des Wachstums beschäftigt die Tübinger Bevölkerung schon eine ganze Zeit lang. Als Vorsitzende der AL/ Grünen Gemeinderatsfraktion habe ich mich in die Diskussion bereits 2017 eingebracht und mich gemeinsam mit der gesamten Fraktion gegen eine **Bebauung des Au-Brunnens** ausgesprochen. OB Palmer hatte damals argumentiert, wenn der Au-Brunnen nicht bebaut wird, wird es der Saiben. Ich war schon immer gegen beide Bebauungen und habe eine grundsätzliche Debatte zum Thema Wachstum beantragt. Die wurde leider nie öffentlich geführt.

Grundsätzlich lebt ein starker Wirtschaftsstandort wie Tübingen vom Wachstum seiner Betriebe und Forschungseinrichtungen. Daran ist per se auch nichts auszusetzen. In den letzten Jahren ist aus meiner Sicht allerdings zu einem Ungleichgewicht zwischen der Ansiedlung neuer Unternehmen und Forschungseinheiten und der Schaffung von neuem Wohnraum gekommen. In der **Wohnbebauung** müssen wir nachlegen. Als Oberbürgermeisterin werde ich alles daran setzen 5.000 neue Wohneinheiten zu schaffen. 2.500 davon im kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau. Für folgende Grundsätze mache ich mich stark:

- Eine generell **höhere Bebauung**, um die Flächen möglichst effizient zu nutzen. Dies gilt für die Wohnbebauung genauso wie für Gewerbeeinheiten.
- Letzte **Brachflächen**, insbesondere in den Teilorten nutzen.
- **Regionale Kooperationen** sowohl als interkommunale Gewerbegebiete als auch für die Wohnbebauung verstärken.
- Unsere Wohnungspolitik auf die älter werdende Gesellschaft ausrichten und **attraktive Wohn- und Pflegeangebote** erstellen.
- Wohnungswechsel für Pflegebedürftige unterstützen und bestehenden Wohnraum an Familien verpachten. Die **bessere Ausnutzung und die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden** sind die einzigen Stellschrauben sozial-ökologische Wohnungspolitik konsequent umzusetzen.
- Quartierskonzepte von morgen sollten eine **geteilte soziale Infrastruktur**, wie Werkstätten, Waschraum, Gartengeräte oder Proberäume haben, um Flächen zu sparen.

Bei meinem Ziel 5.000 neue Wohneinheiten zu schaffen ist der Saiben explizit ausgenommen. Diese Fläche ist aus meiner Sicht der **regionalen Landwirtschaft** vorbehalten. Mir ist die Verwaltungsvorschrift, dass Flächen der Wertstufe „Vorrangflur“ zwingend der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten sind, nicht explizit bekannt. Meine Haltung zum Saiben entspricht in dem Fall intuitiv der Vorschrift. Außerdem ist diese Freifläche eine wichtige identitätsbildende Trennung zwischen Derendingen und Weilheim.

In den nächsten zehn Jahren entscheidet sich, ob die regionale Landwirtschaft eine Zukunft hat. Von der Landes- und Bundesebene geht die Zielformulierung aus, bis 2030 den Anteil ökologischer Landwirtschaft auf 30 Prozent zu erhöhen. Aus Gründen der Nachhaltigkeit, der Biodiversität und des Klimaschutzes möchte ich für Tübingen deutlich ambitioniertere Ziele für die bio-regionale Erzeugung, Verarbeitung, Vermarktung und den Konsum erreichen. Konkret bedeutet das:

- Bis in zehn Jahren das Schulessen und die Verpflegung in städtischen Kantinen zu **100 Prozent auf bio-regionale Versorgung** umzustellen.
- Gemeinsam mit den Bioverbänden, der Genossenschaft Xäls, dem Bauernverband und dem Ernährungsrat sowie mit externer Expertise ein Konzept der **regionalen Wertschöpfungskette** zu entwickeln und umzusetzen.
- Zur Nachvollziehbarkeit und Transparenz eine Kombination aus **Tierschutz- und Klima-Siegeln** zu verwenden und öffentlich zu dokumentieren.
- Den Beitritt Tübingens als erste Stadt in Württemberg zum **Netzwerk der Bio-Städte** voranzutreiben.

Natur- und Artenschutz

Als Referentin für Ethik und nachhaltige Entwicklung an der Hochschule Reutlingen war ich sechs Jahre lang im Bereich Bildung für Nachhaltigkeit beruflich tätig. Die Übersetzung der weltweiten Ziele für eine nachhaltige Entwicklung auf die lokale Ebene war meine tägliche Arbeit. Die Bedeutung des Erhalts der Artenvielfalt und unserer Naturräume für das Klima ist mir sehr bewusst. Ein Ausspielen von Klima- gegen Naturschutz in öffentlichen Diskussionen halte ich für fatal. Für mich sind das zwei Seiten der gleichen Medaille.

Im Tübinger Umland befinden sich 16 **Biotop**e (hauptsächlich im Ammertal), die vom NABU gepflegt werden. Einzelne Biotope befinden sich in Hirschau, Bühl und Lustnau. Als Oberbürgermeisterin setze ich mich dafür ein, dass:

- wir gemäß dem bundesweiten **Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz** Wälder und Auen, Böden und Moore sowie Grünflächen in der Stadt ökologisch so aufwerten, dass diese Ökosysteme einen Beitrag zum natürlichen Klimaschutz leisten, indem sie Kohlendioxid aus der Atmosphäre binden und langfristig speichern;
- die **Kooperation mit Schulen und Kindertagespflegereinrichtungen** ausgebaut wird, um Kinder frühzeitig für die Schönheit der Tier- und Pflanzenwelt zu begeistern;
- **Beobachtungsstandorte mit Informationstafeln** errichtet werden, um Gästen wie Einheimischen die Biotope auf ihrem Spazierweg näherzubringen;
- die **Maßnahmen der Artenschutzkonzeption von Tübingen** umgesetzt werden und Maßnahmen mit Prüfbedarf angegangen werden;
- eine **Kooperation der Stadt mit den Naturschutzverbänden und dem Landratsamt** eingegangen wird;
- ein ganzheitliches Konzept zum **Schutz der Streuobstbestände** entwickelt wird, das Ernährung, Tourismus, Landwirtschaft und Naturschutz miteinander verbindet.

Unser **Wald** liegt uns besonders am Herzen. In Zeiten von umweltfreundlichem Bauen mit Holz, Heizen mit Holzpellets, Waldbaden oder Mountainbiken ist der Wald einer Vielzahl an Nutzungswünschen ausgesetzt. Und schließlich ist er für den Temperatenausgleich sowie für die Umwandlung und Speicherung von CO₂ unersetzbar. Um den vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden, schlage ich folgende Nutzungsmischung vor:

- **10 Prozent der städtischen Waldflächen bleiben unberührt**. Auch Freizeitnutzung ist nicht erlaubt und Wege werden nicht mehr unterhalten.
- Weitere 5 Prozent werden aus der Bewirtschaftung genommen und für **Freizeitaktivitäten** nutzbar gemacht.
- Erfahrungen aus Stuttgart mit der Umstellung auf das sogenannte **Lübecker Modell** werden eingeholt und für eine Umsetzung in Tübingen geprüft. Demnach soll der Boden bei der Baumernte mehr geschont, der Altbaumbestand erhalten und die Walddichte erhöht werden.
- Eine **Naturaland-Zertifizierung** für den Stadtwald wird angestrebt.

Der Idee eines **“Masterplans Biodiversität“** sowie **zusätzlichen Personalstellen bei den Kommunalen Servicebetrieben (KST)** stehe ich sehr positiv gegenüber.

Klima- und Umweltschutz gemeinsam voranzubringen bedeutet mit Blick auf die **Stadtentwicklung** die Ausweisung von Photovoltaik (PV)-Anlagen und die Umsetzung von Begrünungskonzepten durchzuführen. Im Einzelnen werde ich als Oberbürgermeisterin folgende Maßnahmen anregen:

- Mittel aus dem **Bundesprogramm Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel** abrufen, um Begrünungsmaßnahmen in der Innenstadt und den Quartieren für ein kühlendes Stadtgrün umzusetzen.
- Die Projekte **ess- und trinkbare Stadt** weiterzuverfolgen. Das Anbauen von Gemüse, fördert die Insektenvielfalt, verbessert das Mikroklima in der Stadt und schafft Gemeinschaftserlebnisse.
- Über die städtischen Mittel für Klimaschutzmaßnahmen ein Förderprogramm **Fassadenbegrünung** für private und unternehmerische Bauherr*innenschaft aufsetzen.
- Eine **Gebührenreduktion** für eine gesplittete Abwassergebühr bei Versickerungsmöglichkeit durch Fassadenbegrünung prüfen.
- Die Auswahl und Anordnung der Begrünungskonzepte auf die **Bedürfnisse von Insekten und Vögeln** ausrichten und mit zusätzlichen Nisthilfen an öffentlichen Gebäuden ergänzen.
- Eine **ökologische Aufwertung der Grünflächen**, um einen positiven Beitrag zum Mikroklima der Stadt zu leisten.
- Eine stärkere Berücksichtigung des **Kaltluftgutachten** (Vorlage 267/2019) in Planungsprozessen, um der Überhitzung entgegenzuwirken.
- Bessere Vorsorgekonzepte zum **Schutz vor Hochwasser** mit wasserdurchlässigen Baumaterialien, Versickerungsmöglichkeiten auf Plätzen und Straßen und mit Katastrophenplänen für den Akutfall.
- Den öffentlichen Raum, Bushaltestellen und zentrale Stellen in Parks mit **Lichtquellen** ausstatten und regelmäßig warten, die dem Sicherheitsbedürfnis entsprechen und gleichzeitig der Lichtverschmutzung entgegenwirken.
- Ein **regelmäßiger Austausch** der ehrenamtlichen und beruflichen Natur- und Umweltschutzverbänden mit Vertreter*innen der Verwaltung und mir als Oberbürgermeisterin.

Energie und Klima

Die aktuelle Krise in der Energieversorgung muss der letzte Weckruf sein, um die Energie- und Wärmeversorgung komplett neu auszurichten. Als **Sofortmaßnahme** werde ich ebenso wie die Landesverwaltung per Dienstanweisung Hinweise für eine Raumtemperatur von 19 Grad, Händewaschen mit kaltem Wasser und Maßnahmen zum Stromsparen an die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung übermitteln. Wir alle sind in diesen Zeiten aufgerufen jede Einsparmöglichkeit zu nutzen und unsere individuellen Gewohnheiten stetig zu hinterfragen.

Langfristig haben wir die Aufgabe in einer gemeinschaftlichen Anstrengung von Unternehmen, Universitätseinrichtungen und privaten Haushalten Wärme und Strom bestmöglich auszunutzen und den CO₂-Ausstoß zu verringern. Meine Idee eines **Klima-Innovationsfonds** greift diese Notwendigkeit auf und setzt Anreize die dafür erforderlichen Entwicklungsschritte voranzubringen. Aus dem Fonds, der sowohl aus Geldern der Wirtschaftsförderung als auch aus Mitteln des städtischen Klimaschutzprogramms gespeist werden kann, wird eine städtische Anschubfinanzierung für eine gemeinschaftlich getragene Infrastruktur geleistet. Wenn wir Abwärme besser nutzen, Logistik gemeinsam organisieren oder Speichermöglichkeiten in den Quartieren verstärken heben wir den Klimaschutz auf das nächste Level.

Für den Bereich Kompensation hat der Gemeinderat und die Verwaltung bereits wegweisende Beschlüsse mit dem Tübinger Klimaschutzprogramm gefasst. Als Oberbürgermeisterin werde ich das beschlossene Programm konsequent umsetzen und um weitere Aspekte ergänzen. Das bedeutet konkret:

- Das **Ausbauziel auf 200 Megawatt Strom aus Erneuerbaren Energien** verwirklichen. Hierfür die Installation von gewerblichen PV-Anlagen auf privaten Dächern deutlich beschleunigen. Bisherige Hindernisse für Installationen auf Bestandsgebäuden abfragen und Lösungen finden. Balkonanlagen für die private Stromgewinnung bewerben.
- Eine Anpassung der **Altstadt- und Ortsbildsatzungen** ist notwendig, um PV-Anlagen auch in diesen Bereichen zu genehmigen.

- In Abstimmung mit den Stadtwerken, den Naturschutzverbänden und den regionalen Landwirt*innen Standorte auf Freiflächen (beispielsweise unter Stromtrassen) für senkrechte oder **aufgeständerte PV-Anlagen** prüfen.
- Ebenso die Nutzung von Brachflächen in der Nähe von **Verkehrsinfrastruktur** weiter voranbringen.
- Die neue Verpflichtung des Landes Baden-Württemberg zum Bau von **PV-Anlagen auf Parkflächen** ab 35 Plätzen auch auf bestehende Parkplätze anwenden, sofern keine andere Bebauung möglich ist (wie beispielsweise am Golfclub Kreßbach oder Sportheim Bühl).
- Neben PV-Anlagen werden wir auch **Windkraftanlagen** brauchen, um unsere Strom- und Wärmeversorgung komplett auf erneuerbare Energiequellen auszurichten und damit zukunftsfähig zu machen. Beim Bau von Windkraftanlagen ist mir die frühzeitige Beteiligung der Anwohner*innen sehr wichtig. Landesweit zeigt sich, dass die Akzeptanz der Anwohnerschaft mit einer finanziellen Beteiligung steigt. Das möchte ich in Tübingen über die bestehende Bürgerenergiegenossenschaft organisieren. Ich befürworte den Bau von Windrädern im Rammert, sofern dies naturschutzrechtlich zulässig UND wirtschaftlich sinnvoll ist. Windräder dürfen nicht für Symbolpolitik missbraucht werden.
- Die **steigenden Energiekosten** dürfen nicht zur **Armutsfalle** werden. Bezieher*innen von Wohngeld müssen unterstützt werden, indem der Ermessensspielraum für angemessene Energiekosten deutlich erhöht wird.
- Die Möglichkeit, bei viel Wind und Sonne niedrigere Strompreise zu zahlen, sollte ausgebaut und dann gut kommuniziert werden. Eine solche **Laststeuerung** Laststeuerung für Tübingen möchte ich prüfen.

Zur Frage, welche konkreten **Maßnahmen zur Klimaanpassung im Stadtgebiet** ich ergreifen würde, bin ich bereits im vorherigen Abschnitt eingegangen.

Mobilität

Unser Mobilitätsverhalten ändert sich. Wir wechseln flexibler zwischen den Verkehrsmitteln oder gehen bewusst zu Fuß. Als Oberbürgermeisterin von Tübingen werde ich ein

Mobilitätskonzept erarbeiten, das alle Verkehrsteilnehmer*innen miteinbezieht und das Wechseln der Verkehrsmittel einfach macht.

Als Folge der Ablehnung des Bürger*innen-Entscheids zur Innenstadtstrecke werden drei Umsteigezentren von Bahn auf Bus errichtet: am Westbahnhof, am Europaplatz und in Lustnau. An allen drei Standorten möchte ich die **Parkmöglichkeiten** ausbauen, um Menschen, die mit dem Auto nach Tübingen kommen dort ebenfalls die Möglichkeit haben in den Bus oder auf ein Leihfahrrad umzusteigen. Ein kombiniertes Park- und Busticket hat sich beispielsweise in Stuttgart bewährt und würde auch in Tübingen die Attraktivität für den Wechsel steigern.

Unser Ziel muss es sein durch attraktive Angebote die Aufenthalts- und Luftqualität in der Innenstadt zu erhöhen. Die Reduktion des Autoverkehrs an den Hauptachsen trägt dazu bei. Eine zentrale Abgabestelle von **individueller Paketlieferungen** (beispielsweise am Haagtorplatz) ist ein weiterer Baustein. Wie Menschen mit **eingeschränkter Mobilität** die letzten Meter von den zentralen Parkmöglichkeiten zu ihrem Ziel in der Altstadt zurücklegen können, könnte in einem Start-Up-Wettbewerb ausgeschrieben und zu innovativen Konzepten führen.

Die **Regionalstadtbahn** ist ein Verkehrsprojekt, das Tübingen mit dem Umland verbindet. Es geht explizit darum, den 40.000 Pendler*innen eine attraktive und umweltfreundliche Alternative zum eigenen Auto zu geben. Es ist aber auch ein Projekt für einen gemeinsamen Wirtschaftsstandort und für eine Wohnungspolitik, die in regionalen Kooperationen denkt. Vor einem Jahr habe ich mich als Ortsvorsteherin von Weilheim stark dafür eingesetzt, dass auch die Bürger*innen in den Teilorten die Vorteile des Projekts überzeugt. Das demokratische Votum fiel anders aus. Das gilt für mich. Ich bereite keinen erneuten Bürger*innen-Entscheid vor. Vielmehr setze ich auf die Einrichtung eines Bürger*innen-Rats, der aus zufällig zusammengesetzten Bürger*innen besteht und nach einer Anhörung von Expert*innen eine gemeinsame Position erarbeitet. Diese wird dem Gemeinderat für dessen Entscheidung vorgelegt.

Weitere Aspekte meiner Mobilitätspolitik, die alle Verkehrsteilnehmer*innen einbezieht sind:

- Die Umgestaltung des **Haagtorplatzes** und eine verkehrssichere Anbindung an den Fahrradunnel. Das zentrale Parkhaus in der Weststadt würde ich ausbauen. Die Parkplätze am Haagtorplatz könnten dann für andere Dinge genutzt werden.

- **Sharing-Angebote** von Autos, Fahrrädern oder Lastenrädern möchte ich auch in den Quartieren ausbauen.
- Ideen für **Mitfahrgelegenheiten** der Unternehmen aufgreifen und unterstützen. So könnte beispielsweise eine Mitfahr-App für Unternehmen, Forschungseinrichtungen, den künftigen Campusangehörigen auf der Oberen Viehweide und für das Universitätsklinikum die Anzahl der Autos deutlich verringern. Eine Kopplung eines Parkplatzes an ein voll besetztes Auto könnte ein weiterer unterstützender Anreiz sein.
- In der Altstadt und in den Quartieren brauchen wir mehr abschließbare **Radabstellanlagen** und **Parkmöglichkeiten** für Lastenräder.
- Zuverlässige Busangebote für **Schüler*innen-Verkehr** müssen weiterhin Priorität haben.
- Ich setze mich für eine **Taktverdichtung des Tübinger Busverkehrs** an Wochenenden und in den Abendstunden, insbesondere in den Teilorten, ein.
- Und es gilt Vergünstigungen der Tickets, wie beispielsweise das **365-Euro-Ticket** umzusetzen.
- Außerdem werde ich das **Radwegenetz** flächendeckend und lückenlos ausbauen.
- Getrennte Wege für Radfahrende und Fußgänger*innen und breitere Radwege erhöhen die **Verkehrssicherheit** für alle.
- Eine systematische und klar ersichtliche Verteilung von **E-Ladestationen** im Stadtgebiet ist notwendig.
- In der Altstadt haben für mich klar die **Fußgänger*innen** Vorfahrt. Schnelles Durchfahren mit dem Rad verringert ebenso die Aufenthaltsqualität wie das Parken von Autos im öffentlichen Raum.
- Bei Veränderungen in der Straßenführung und sonstigen baulichen Maßnahmen werde ich darauf hinwirken die **Fußwege zu verbreitern**. Mit Kinderwagen oder Rollator wird der Weg zum Bäcker schnell zum Hindernislauf, wenn beispielsweise auch Mülleimer zur Leerung bereitstehen.
- Das Programm zur Erhöhung der Bordsteine für einen barrierearmen Einstieg an Bushaltestellen gilt es zügig umzusetzen.

Antworten von Boris Palmer zu den Wahlprüfsteinen zur OB Wahl Tübingen

- **Wie wollen Sie kommunale Entwicklung auf begrenzter Fläche (mit vielen konkurrierenden Ansprüchen) gestalten?**

In den vergangenen 16 Jahren konnte das zutreffend beschrieben starke Wachstum an Arbeitsplätzen und Wohnungen fast ohne neue Baugebiete realisiert werden. In den kommenden acht Jahren soll aus meiner Sicht im Außenbereich über die bereits beschlossenen moderaten Neubaugebiete in den Ortschaften hinaus kein weiteres Baugebiet hinzukommen, insbesondere nicht im Saiben. Für Gewerbe und Universität sind ebenfalls alle notwendigen Entwicklungen der kommenden acht Jahre im Innenbereich möglich, einzig in Hirschau sind Erweiterungen am Rittweg notwendig. Der Real-Parkplatz soll Tübingens nächster Gewerbepark werden.

- **Welche Wege wollen Sie nutzen um die doppelte Innenentwicklung/Bauleitplanung zu fördern?**

Ich möchte an den bewährten Instrumenten der Tübinger Stadtplanung festhalten. Von Bürgerbeteiligung über städtebauliche Wettbewerbe, qualifizierte Grünräume und Infrastruktur vor Ort ist hier an alles gedacht.

- **Ist Ihnen bekannt, dass seit April 2022 durch eine Verwaltungsvorschrift vorgeschrieben ist, dass Flächen der Wertstufe „Vorrangflur“ zwingend der landwirtschaftlichen Nutzung vorzubehalten sind?**

Nach meiner Kenntnis gilt die zwingende Vorschrift nur für die Vorrangflur I, also die besten Böden, die auf dem Gebiet der Stadt Tübingen 19% der Fläche ausmachen. Das halte ich für sehr sinnvoll und es steht nicht im Widerspruch zur mindestens temporär notwendigen Nutzung von Flächen im Außenbereich zur Energieerzeugung.

- **Wie würden Sie als zukünftige*r OB das Handlungsfeld Natur- und Artenschutz angehen? Welche Fördermöglichkeiten und verbindlichen Vorgaben planen Sie (soweit diese in der Hand einer Kommune liegen)?**

Den Schutz des Außenbereichs vor Bebauung halte ich für die wichtigste kommunale Aufgabe im Arten- und Naturschutz. Kommunale Rechtssetzung für den Artenschutz ist mir bisher von wenigen Ausnahmen unbekannt. Die bestehenden Förderprogramme zum Artenschutz sollen verstetigt werden. Wichtiger scheint mir eine Kooperation mit der Landwirtschaft. Ich möchte erreichen, dass wechselnde Blühstreifen möglichst in der ganzen Flur entstehen und der Biolandbau ausgeweitet wird.

- **Es liegt inzwischen eine Artenschutzkonzeption vor, die Stadt wurde Mitglied bei den „Kommunen für Biologische Vielfalt“. Wie wollen Sie in Tübingen den Artenschutz aber konkret fördern? Sehen Sie die Notwendigkeit, neben den hochgradig gefährdeten – in der Artenschutzkonzeption behandelten – Arten auch eine allgemeine Stärkung des Naturhaushalts im Innen- und Außenbereich zu unterstützen? Wie stehen Sie zu der immer wieder formulierten Idee eines „Masterplans Biodiversität“?**

Ich habe Zweifel, dass wir mit immer mehr Plänen noch etwas erreichen. Die Umsetzung der Artenschutzkonzeption ist bereits anspruchsvoll. Darauf will ich mich konzentrieren.

- **Sind zusätzliche Personal- und andere Mittel in der Verwaltung bei den KST vorgesehen, mit denen die immens gewachsenen Anforderungen und die vielfältigen Aufgaben tatsächlich aufgefangen und bearbeitet werden können?**

Bisher sind solche Mittel nicht vorgesehen. Aus meiner Sicht wird dort die Priorität auf Erhaltung der Stadtbäume im Hitzestress liegen müssen. Angesichts einer heraufziehenden Rezession sind Finanzversprechungen an dieser Stelle im Moment nicht seriös.

- **Wie möchten Sie die Kommunikation mit dem ehrenamtlichen und beruflichen Naturschutz gestalten?**

Aus meiner Sicht bestehen hier zahlreiche Formate, die eine sinnvolle Kommunikation ermöglichen. An den jährlichen Besprechungen des OB mit den Naturschutzverbänden will ich festhalten.

- **Wie würden Sie als zukünftige*r OB das Handlungsfeld Energiesparen angehen? Welche Fördermöglichkeiten und verbindlichen Vorgaben planen Sie (soweit diese in der Hand einer Kommune liegen)?**

Energiesparen gewinnt durch die aktuelle Preisentwicklung eine völlig neue Dynamik. Waren wir bisher auf Appelle angewiesen, die oft wirkungslos verhallten, sind nun die Anreize für Energiesparen so groß, dass der Schwerpunkt sich auf Bereitstellung entsprechender Dienstleistungen und Produkte verschiebt. Förderung und verbindlicher Vorgaben bedarf es da nicht mehr.

- **Wie wollen Sie in Tübingen den Ausbau von PV und Solarthermie-Anlagen auf bestehenden, versiegelten Flächen (Dächer, Parkplätze,...) voranbringen? Welche Fördermöglichkeiten und verbindlichen Vorgaben planen Sie (soweit diese in der Hand einer Kommune liegen)?**

Auch hier gilt: Die Kapazitäten für den Bau sind kurzfristig voll ausgelastet und neue Projekte müssen sich hinten anstellen. Die Nachfrage der Privaten ist wegen der neuen Preislage explosionsartig gestiegen. Förderung ist nicht mehr sinnvoll. Vorgaben haben wir als erste Kommune im Land gemacht, das Land hat nachgezogen. Ich unterstütze den Ministerpräsidenten darin, auch im Bestand verbindliche Vorgaben zu machen. Wenn dies nicht landesweit gelingt, sollte Tübingen als Modellkommune in der Praxis zeigen dürfen, wie das funktioniert. Das gilt besonders für ebenerdige Parkplätze ohne Bebauungsperspektive. Hier ist auch das Land selbst gefragt, das in der Stadt viele Parkplätze betreibt.

- **Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie zur Klimaanpassung im Stadtgebiet (s. auch hier) und auf der Gemarkung ergreifen? Stichworte: Schwammstadt, mit Baumrigolen und Zisternenstadt, klimawirksame Grünflächen sowie Begrünung, Trinkwasserbrunnen für Passant*innen. Welche Fördermöglichkeiten und verbindlichen Vorgaben planen Sie?**

Ich halte den Klimaschutz für die vorrangige Aufgabe. Klimaanpassungsmaßnahmen sind der falsche Fokus und signalisieren, dass wir uns an das Klima einfach anpassen können. Das ist aber nicht der Fall. Möglich sind allenfalls Maßnahmen zur Linderung des Drucks auf Mensch und Natur in bestimmten Bereichen. Mein Fokus wird auf der Entsiegelung, Bepflanzung und Begrünung größerer Flächen liegen, weil hier die besten Effekte erzielt werden können. Das 1000-Bäume-Programm soll seinem Namen bald gerecht werden.

- **Wie wollen Sie die Verkehrsflächen in Tübingen inklusive seiner Teilorte verteilen, um den Verkehr aus Umweltsicht und dem Ziel einer lebenswerteren Stadt effizienter zu gestalten? Wie sieht das konkret für die Innenstadt aus?**

Ich will nicht umverteilen, sondern angemessen verteilen. Das bedeutet aufgrund der jahrzehntelangen Vernachlässigung des Fahrrads und dessen deutlich wachsender Bedeutung, dass der Radverkehr mehr Flächen erhalten muss. In den Ortschaften betrifft das vor allem die Ortsdurchfahrten. Im Stadtzentrum verweise ich auf die laufenden Vorhaben des Super-Radwegenetzes. Dieses möchte ich bis 2030 zu einem vollständigen Netz ausbauen.

• Wollen Sie zusätzliche Verkehrsflächen schaffen? Falls ja, zu Lasten welcher bisherig anders genutzten Flächen?

Die Summe der Verkehrsflächen soll aus meiner Sicht nicht vergrößert werden, im Gegenteil, beim ruhenden Verkehr gibt es Reduktionspotenzial.

• Von und nach Tübingen pendeln jeden Tag über 40 000 Menschen. Wie wollen sie damit umgehen? Möchten Sie Verkehrs- und städtebauliche Maßnahmen ergreifen, um diese großen Pendlerströmen zu managen? Haben Sie alternative Vorschläge?

Ich halte die Regionalstadtbahn weiterhin für die beste Lösung dieses Problems. Daher möchte ich alternative Trassen zur Führung durch die Mühlstraße diskutieren und einen weiteren Bürgerentscheid über eine Innenstadtstrecke auf einem anderen Korridor durchführen.